



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

P/VIII/150 - 1.7.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Kontroverse Reinhold Maier - CDU	S. 1
Regierung Laniel - ein Verlegenheitslösung	S. 3
SPD und polizeilicher Grenzschutz	S. 5
"Time" widerlegt sich selbst	S. 6

## Das schlechte Gewissen der CDU

(sp) In der ungewöhnlichen Form einer Entschliessung ihrer Bundestagsfraktion hat sich die CDU gegen die Kritik gewandt, die der FDP-Ministerpräsident Reinhold Maier in Lübeck, unter dem stürmischen Beifall auch von bisherigen Befürwortern der westdeutsch-alliierten Verträge, an der Passivität der Bundesregierung in der Frage der deutschen Einheit geübt hat. Der Stil der CDU-Kritik entspricht dem Sprachgebrauch von Propagandisten des Dritten Reiches. Maier habe sich der "Verdächtigung der Aussenpolitik" Adenauers schuldig gemacht, "er habe diese Politik verleumdet". So geht es fort in jener Entschliessung, in der natürlich auch die "nicht erschlafenen deutschen Herzen", die "brüderliche Eintracht" und die "unbeirrte Politik des Kanzlers Konrad Adenauer" nicht fehlen konnten.

Nun, mit der Kritik des Koalitionspartners CDU an Maier mag sich die FDP oder der Stuttgarter Regierungschef selbst auseinandersetzen. Für die SPD ist es wenig interessant, nun angesichts des Fiaskos der "unbeirrten Politik" Adenauers die koalitionsinternen Auseinandersetzungen zu bewerten - die Koalition hat gemeinsam diese Politik zu verantworten und niemand wird den einen oder anderen Partner aus dieser Verantwortung entlassen, nur weil er auf einem Parteitag oder in einer Sonntagsrede anders spricht als seine Partei entschieden hat. Schon gar nicht,

wird man es tun können, weil er zur Opposition kommt, um sich bei ihr über seine Bedrängnis auszuweinen. Wer die westdeutsche Politik der ersten Bonner Bundesregierung durch eine gesamtdeutsche Politik ersetzen will, soll aus diesem Willen die politischen Konsequenzen ziehen.

Viel interessanter ist für uns die Tatsache des schlechten Gewissens der CDU. Aus ihm wächst ihr Ärger über die sich inzwischen in der Bundesrepublik immer weiter verbreitete Erkenntnis, dass auf die Bundesrepublik begrenzte Verträge und die deutsche Wiedervereinigung zwei verschiedene Sachen sind und dass in der Ostzone die Arbeiter nicht für die Verträge Adenauers, sondern für die deutsche Einheit eingetreten sind. Ein "frevelhaftes Spiel mit Deutschlands Einheit und Freiheit" treibt die Partei, die von dieser Einheit spricht, sie den achtzehn Millionen Landsleuten in der Ostzone verspricht, aber gleichzeitig für Verträge wirbt, die die Wiedervereinigung Deutschlands effektiv behindern. Die CDU, die "unbeirrt" an den Verträgen festhält, kann nun nicht die Politiker der Verleumdung beschuldigen, die dieses Beharren auf den Verträgen als eine Tatsache feststellen. Das gleiche gilt von der konfessionellen Frage. Davon abgesehen, dass es Blasphemie ist, wenn eine politische Partei, wie die CDU, so tut, als habe sie das Christentum als Parteiprogramm in Erbpacht genommen, kann niemand in der Bundesrepublik daran zweifeln, dass es die katholische Kirche ist, die den damit verbundenen Anspruch der CDU stützt, indem sie "die Welt des christlichen Bewusstseins ausschliesslich in dem Rahmen der Partei des katholischen Bundeskanzlers einfangen will.

Dass die "ganze freie Welt" die Politik des Bundeskanzlers anerkenne, wie es in der Erklärung der CDU heisst, ist nicht verwunderlich, wenn die CDU unter der "freien Welt" nur die amerikanische und die französische Besatzungsmacht verstehen sollte. Freilich bedeutet diese Art Anerkennung nicht eine Bestätigung der Aktivität der Regierung in der Frage der Wiedervereinigung. Wenn die CDU das endlich begreifen sollte, wäre es für sie besser, die Anstrengungen um das Zustandekommen einer Vierer-Konferenz und einer Vereinbarung der vier Hochkommissare über Erleichterungen für unsere mittel- und ostdeutschen Landsleute zu vermehren, anstatt empört aufzuschreien, wenn ein führendes Mitglied einer der Koalitionsparteien einmal die Wahrheit sagt.

Hat Frankreich eine Regierung ?

G.S.Paris

"Die Nationalversammlung hatte genug von dem Zirkus", äusserte ein Abgeordneter, dem man die Frage gestellt hatte, warum das französische Parlament nach der längsten Regierungskrise der Vierten Republik dem achten Politiker, der es versucht hatte, die Investitur erteilte. Das "Experiment Laniel" ist eine Verlegenheitslösung. Es kann umso weniger daran gezweifelt werden, als der neue französische Ministerpräsident selbst keinen Hohl daraus machte, dass er sich anschicke, die "laufenden Geschäfte" zu verwalten.

Das von ihm vorgelegte Programm besteht aus einigen Versprechungen: das Versprechen, "später", wenn die Produktivität gesteigert sein wird, die "Arbeiter an dieser Produktivität teilhaben zu lassen." Zwar will er sich für die Neuverhandlungen von Gesamtarbeitsverträgen einsetzen, ohne jedoch zu erklären, wie die französischen Unternehmer gezwungen werden sollen, Konzessionen zu gewähren, die sie bisher strikt ablehnten. Die Regierung Laniel besteht im wesentlichen aus Vertretern der Rechtsparteien; weder die Sozialisten, noch die Gewerkschaftsorganisationen werden geringsten Einfluss auf die Ausarbeitung der Regierungspolitik haben.

Wohl ist Laniel von der Nationalversammlung gewählt worden, weil die Abgeordneten der Krise überdrüssig waren, aber nicht zuletzt auch deshalb, weil das von ihm entwickelte Regierungsprogramm von einer "Harmlosigkeit" war, die nicht zum Widerspruch herausforderte. In Tunesien wird nichts geändert werden, in Indochina wird alles beim alten bleiben (das indochinesische Problem soll auf der Bernadakonferenz aufgerollt werden) an Verhandlungen wird nicht gedacht), in Marokko wird der alte Kurs weiter betrieben werden und auf innerpolitischem Gebiet wird sich an der von den Vorgängern Laniels betriebenen Politik nichts ändern... Das Programm Laniels ist das der "Immobilität", wie man die Haltung fast aller Regierungen dieser Legislaturperiode bezeichnete.

An der flauen Debatte, die der ebenso flauen Regierungserklärung Laniels folgte, war im Grunde nur eins interessant: im Gegensatz zu den vorherigen Investiturddebatten wurde das Problem der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht aufgeworfen. Alle Abgeordneten - oder fast alle - sind heute davon überzeugt, dass die

"Europäische Armee" beerdigt ist. Sogar Robert Schuman erklärte in einem Interview, dass das Problem der deutschen Einheit jetzt mehr denn je im Vordergrund stehe. Angesichts der veränderten internationalen Lage hat man sich in Frankreich stillschweigend darauf geeinigt, nicht mehr von diesem Problem zu sprechen - oder nur, wenn man es unbedingt tun muss. So hatte Laniel in seiner Regierungserklärung einen kurzen Absatz eingefügt, der von "kommenden Dingen" handelte, u.a. vom EVG-Vertrag. Aber da ist das Saarabkommen, da ist "das Abkommen mit England" (etwas geheimnisvoll wurde das gesagt und nicht erklärt, was eigentlich damit gemeint sei...), da sind die Zusatzprotokolle zum EVG-Abkommen. Und das alles wurde mit dem Unterton vorgetragen: kommt Zeit, kommt Rat, beeilen wir uns nicht, warten wir die Wahlen in Deutschland ab - eine Beerdigung erster Klasse.

Am Jahresende erfolgt die Wahl des neuen Präsidenten der Republik, und bereits jetzt werden Intrigen gesponnen, die übrigens zu einem grossen Teil zur Verlängerung der Regierungskrise in Frankreich beigetragen haben. Aus diesem Grunde konnte einem Mendès-France nicht das Amt des Regierungschefs übertragen werden, denn das hätte alle Pläne der radikalen Parteiführer über den Haufen geworfen. Diese schicken sich an, den bewährten Vertreter der französischen "Immobilität", Henri Queuille, zum Präsidenten der Republik zu machen, zum grossen Missvergnügen Bidaults, der noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, ins Elysee, dem Amtssitz des Präsidenten, einzuziehen.

Die von Joseph Laniel gebildete Regierung, die fest entschlossen ist, nichts zu tun, wird auf politischem Gebiet vielleicht zu einigen Umgruppierungen führen. Zunächst tritt die gaullistische Fraktion zum erstenmal in die Regierung ein, gemeinsam mit den Vertretern der "klassischen" Rechten. Die katholische, christlich-soziale Bewegung trennt sich endgültig - oder zumindest für längere Zeit von den Sozialisten. In diesen beiden Parteien wird es zu Revolten und Protesten jener kommen, die heute ehrlich davon überzeugt sind, dass die Rechte in Frankreich abgewirtschaftet hat und dass es an der Zeit ist, jene "demokratische und soziale Front" zu bilden, die das Hauptthema des bevorstehenden Kongresses der Sozialistischen Partei sein wird.

Kein Zweifel: das "Experiment" Laniel ist eine Verlegenheitslösung. Wenn behauptet wird, dass in Frankreich eine "Regierung" besteht, die imstande ist, zu handeln und das Land aus dem Sumpf der "Immobilität" zu ziehen, so sollte man skeptisch sein.

Grenzschutz - unbestrittene Notwendigkeit

Off. Der Bundestag hat kürzlich gegen die Stimmen der SPD die Vermehrung des Bundesgrenzschutzes von 10 000 auf 20 000 Mann beschlossen. Es ist bedauerlich, dass auch in Fragen der inneren Sicherheit von dieser Regierung, und insbesondere dem derzeitigen Innenminister, der Opposition die Mitarbeit erschwert, und oft verwehrt wurde. Mit Recht ist im Plenum der Regierung nochmals in Gedächtnis zurückgerufen worden, dass die Aufstellung des Grenzschutzes überhaupt erst durch die Zustimmung der SPD und gegen die Stimmen einer Regierungspartei (CSU) ermöglicht wurde.

Nach dem Grundgesetz, das die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern auch in der Polizeifrage regelt, ist dem Bund genau betrachtet eigentlich nur mit dem Notstandsartikel 91 auf beschränkte Zeit (auf Verlangen des Bundesrates aufzuheben) die Verfügung über die Polizei der Länder und Kommunen möglich. Der Ausbau der Grenzschutzbehörde des Bundes zu einer Polizeitruppe und der Abschluss von Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Aufstellung der Bereitschaftspolizei sind Vorlegenheitslösungen, über die Verfassungsrechtler geteilter Meinung sind und denen die SPD nur zustimmte, nachdem im Parlamentarischen Rat und im Bundestag die Schaffung einer klaren Bundeskompetenz am Widerstand der CDU/CSU scheiterte.

Die SPD war auch jetzt wieder bereit, sowohl einer Verstärkung der Polizei, als auch einer Stärkung der Bundeskompetenz über die Polizei zuzustimmen. Nachdem nun die Polizei überwiegend oder, wenn man so will, ausschliesslich Angelegenheit der Länder ist, galt es jedoch zunächst ein äusserst dringendes Anliegen der Einzeldienstpolizei der Länder zu befriedigen, nämlich die Auffüllung der Bereitschaftspolizei auf eine Stärke, die es ermöglicht, den natürlichen Abgang in der Einzeldienstpolizei nur mit geschulten Beamten aus der Bereitschaftspolizei zu ersetzen.

Die SPD war weiter bereit, neben der Verstärkung der dem Bunde gemäss Verwaltungsabkommen zur Verfügung stehenden Länderbereitschaftspolizei auch einer den Bedürfnissen entsprechenden Verstärkung des Grenzschutzes zuzustimmen. Seit je war aber kritisiert worden, dass der Grenzschutz nicht oder ungenügend im Streifendienst an der Grenze eingesetzt wird und in diesem Punkte war eine Bezugnahme auf die bayerische Grenzpolizei gerechtfertigt. Leider war aber dem Bundesinnenminister die bayerische Grenzpolizei nur als Kaufpreis für die Stimmen der CSU interessant.

Das Problem des hier praktizierten Verkaufs von Bundeskompetenzen an das Land Bayern soll in diesem Zusammenhang jetzt nicht weiter erörtert werden. Dagegen muss in der Diskussion bleiben die polizeilich unbefriedigende Aufgabenstellung und Ausbildung des Grenzschutzes, auch im Interesse der Grenzjäger, die nach sieben Jahren Dienst mit einer kleinen Abfindung sich vor einem schweren Existenzkampf gestellt schon, statt im Lebensberuf als Polizeibeamte zu stehen..

Überflüssig und zum Fenster hinausgeredet waren die im Plenum an die Opposition gerichteten Bekenntnisse zum Schutz der Grenze. Nicht gegen den Schutz der Grenze hat die SPD gestimmt, sondern gegen die simple Verdoppelung der Planlosigkeit und für die Lösung der nicht bestrittenen polizeilichen Sicherheitsaufgaben des Bundes an der Grenze mit polizeilichen Mitteln. Die Reorganisierung des Grenzschutzes, im Interesse der Aufgabe und der Grenzschutzbeamten, sowie überhaupt die polizeiliche Planung im Bundesrahmen bleiben ein Anliegen der SPD im nächsten Bundestag.

+ + +

"Time" widerlegt sich selbst

hp. In ihrem Streben, Kanzler Adenauer nach besten Kräften zu unterstützen, sind gewisse Teile der amerikanischen Presse mit Eifer bemüht, sich ihren bürgerlichen Kollegen in Deutschland ebenbürtig zu zeigen und die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Eine besondere Rolle spielt dabei der Versuch, nachzuweisen, dass eigentlich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kaum ein Unterschied bestehe - eine Verleumdung, die freilich in Deutschland kaum ziehen dürfte.

Wie aber derartige Behauptungen auch im Ausland kolportiert werden, beweist erneut das amerikanische Wochenblatt "Time". In der letzten Ausgabe vor dem Ostberliner Aufstand hieß es "Wenn die Russen die gesunde Skepsis Westdeutschlands entkräften können, könnte Adenauer die Wahlen an die westdeutschen Sozialdemokraten verlieren, die nicht so beharrlich wie er (Adenauer) sind, in der Weigerung, sich mit den Kommunisten einzulassen."

In der nächsten Ausgabe von "Time" (29.6.) aber folgte das beachtliche Eingeständnis: "Er (der Aufstand) schien spontan und unzusammenhängend, aber er bewegte sich überall in auffällig gleichen Bahnen, was bewies, dass die alte Technik und militante Haltung der deutschen Sozialdemokratie durch acht Jahre roter Unterdrückung nicht ausgerottet werden konnte."

Wir hoffen, dass nach dieser Anerkennung in Zukunft die "Time" nicht mehr behaupten wird, die Sozialdemokratie werde sich mit den Kommunisten einlassen. Für jeden Einsichtigen und Unvoreingenommenen hätte es freilich dieses Nachweises der unüberbrückbaren Gegnerschaft der Sozialdemokratie zum Kommunismus gar nicht bedurft.

---

Verantwortlich: Peter Raunau